

Der Einflußfaktor Sowjetunion in der ungarischen Innenpolitik von 1945: Ein Beitrag zur Vorgeschichte des »Kalten Krieges«^a

Zwar werden die Ursprünge des »Kalten Krieges« nach wie vor kontrovers diskutiert, doch stimmt ein Großteil der Autoren darin überein, daß die sowjetisch-amerikanischen Differenzen über die politische Zukunft Ostmittel- und Südosteuropas einer der Hauptgründe für die Konfrontation gewesen seien¹. Im Vergleich zu Polen, Rumänien und Bulgarien kam Ungarn allerdings nur eine untergeordnete Bedeutung im heraufziehenden Ost-West-Konflikt zu. Zwar beklagten auch die dortigen Vertreter der Westmächte ihre politische Einflußlosigkeit und das eigenmächtige Vergehen der Russen², aber »we must be thankful that they have not yet become aggressively antagonistic towards us as in Bulgaria!«³ Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung sind ohne Kenntnis der sowjetischen Akten nicht zuverlässig erklärbar. Unklar bleibt auch, ob Stalin dabei einem vorgefaßten Plan folgte. Vieles scheint gegen eine derartige Annahme zu sprechen. Das »volksdemokratische« Modell in seiner ursprünglichen — von E. Varga vertretenen — Fassung und die damit übereinstimmende Betonung *nationaler* Momente durch die kommunistischen Eliten in den einzelnen Ländern⁴ muß durchaus nicht nur ein taktisches Tarnungsmanöver gewesen sein. Möglicherweise war es ein Versuch, der neuen historischen Situation gerecht zu werden. Andererseits aber: Wenn einer der führenden ungarischen Kommunisten — József Révai — rückblickend erklärte, daß Stalin bis zum Herbst 1947, also bis zur Gründung des Kommunistischen Informationsbüros, seiner Partei wenig hilfreich gewesen sei und daß die ungarische KP keine einheitliche und klare Vorstellung von der weiteren Entwicklung der »Volksdemokratie« gehabt habe⁵, so stimmt zumindest der *erste* Teil dieser Behauptung nur sehr bedingt. Tatsächlich gab es bereits 1945 eine Reihe *externer* Faktoren, ohne deren Vorhandensein eine spätere kommunistische

^a Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Interdisziplinären Forschungskonferenz »Zwischen Demokratie und Volksdemokratie« am 2. 12. 1982 in München.

¹ Vgl. L. E. Davis: *The Cold War Begins. Soviet-American Conflict over Eastern Europe*, Princeton, N. J. 1974, S. 3 (mit weiteren Belegen).

² Vgl. den Bericht des politischen Vertreters Großbritanniens in Ungarn, Gascoigne, an Foreign Office (FO), 21. 3. 1945, Public Record Office (PRO), FO 371-48462, R 6592/26/21.

³ Ebda.

⁴ Zu Vargas Konzept vgl. G. H. Skilling: *People's Democracy in Soviet Theory*, — in: *Soviet Studies* 3. 1951, 1, S. 16—33; 2, S. 131—149; J. R. O'Neil: *The Functional Genesis of a National Communist Party: Czechoslovakia, 1945—1948*, Ann Arbor, Mich. 1968, S. 5; Z. K. Brzezinski: *The Soviet Bloc. Unity and Conflict*, Cambridge, Mass. 1960, S. 25 ff.

⁵ J. Révai: *The Character of a "People's Democracy"*, — in: *Foreign Affairs*, Oct. 1949, S. 147, zit. nach Brzezinski, S. 30, Anm.

Machtübernahme überhaupt nicht oder allenfalls unter Inkaufnahme eines Bürgerkrieges möglich gewesen wäre. Ob die Moskauer Führung schon bei Kriegsende wußte, wann und wie sie diese Faktoren nutzbar machen könne und ob sie die ungarischen Kommunisten in ihre Pläne einweihte, sei dahingestellt, — an der Existenz der Faktoren ändert diese Ungewißheit nichts. Allerdings ist es mitunter schwierig, ihre Bedeutung zweifelsfrei nachzuweisen und zu gewichten. Unter bestimmten Voraussetzungen kann nämlich eine indirekte Einflußnahme oder auch nur die *Möglichkeit* zur Einflußnahme politisch ebenso wirksam sein wie die direkte und tatsächlich erfolgte Einflußnahme. Oder anders ausgedrückt: Die Möglichkeit zur Ausübung von Pressionen bildet auch dann eine politische Realität, wenn auf die praktische Umsetzung infolge der glaubhaft wirkenden Drohung letztlich verzichtet werden kann. Und es muß nicht einmal eine explizit formulierte Drohung sein, um die es sich dabei handelt, sondern u. U. kann eine latente Drohung dieselbe Wirkung erzielen wie eine explizite Drohung. Keinesfalls darf daher die *Nichtaktualisierung* latenten Drucks mit der *Nichtexistenz* von Druck gleichgesetzt werden.

Ob man vor diesem Hintergrund mit Charles Gati und anderen Vertretern der »revisionistischen Schule« in den Vereinigten Staaten⁶ sowie in Übereinstimmung mit der ungarischen Historiographie^{6a} von der Sowjetunion als bloßem »Katalysator« im Transformationsprozeß der ungarischen Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung sprechen kann⁷, soll im folgenden untersucht werden.

Zu den externen Rahmenbedingungen der ungarischen Entwicklung bei Kriegsende gehörte 1. das *Sicherheitsbedürfnis* der UdSSR, das die Errichtung »freundschaftlicher« Regime in den sowjetischen Nachbarstaaten implizierte⁸. Die Garantie für die sowjetfreundliche Ausrichtung

⁶ Vgl. u. a. die kritischen Ausführungen bei G. Lundestad: *The American Non-Policy Towards Eastern Europe, 1943—1947. Universalism in an area not of essential importance to the United States*, Tromsö (u. a.) 1978, S. 419.

^{6a} Stellvertretend für viele andere Arbeiten vgl. Á. Ságvári: Voraussetzungen u. Besonderheiten der revolutionären Umwälzung in Ungarn 1945—1949, — in: *Jb. f. Gesch. d. sozialistischen Länder Europas* 21, 1977, 1, S. 59—80; ferner S. Balogh: Die Geschichte Ungarns nach dem Zweiten Weltkrieg in der marxistischen Geschichtsliteratur, — in: *Études historiques publiées à l'occasion du XIII^e Congrès International des Sciences Historiques...*, Bd. 1, Budapest 1970, S. 551—588.

⁷ Gati, Ch.: *Modernization and Communist Power in Hungary*, — in: *East European Quarterly* 5, 1971, S. 326.

⁸ Vor allem im Zusammenhang mit Polen ist dies von sowjetischen Führern immer wieder deutlich gemacht worden. »In a public statement in March (1946) Stalin expanded the question beyond Poland when he emphasized that the Germans had also used Finland, Rumania, Bulgaria and Hungary to invade Russia, because those countries 'had Governments inimical to the Soviet Union'." Th. G. Paterson: *On Every Front: The Making of the Cold War*, New York 1979, S. 151. Zum Gesamtkomplex vgl. ebda., S. 138 ff. (mit Quellen- u. Literaturbelegen); ferner Davis, S. 68 f. (mit Quellenbelegen aus dem Jahr 1943); J. M. Mackintosh: *Strategie u. Taktik der sowjetischen Außenpolitik*, Stuttgart 1963, S. 11.

dieser Länder bestand aus Moskauer Sicht in der Beteiligung kommunistischer Politiker an der jeweiligen Regierung. Die Frage, wie weit diese Beteiligung gehen mußte, um das sowjetische Sicherheitsinteresse zu befriedigen, mag zu unterschiedlichen Zeiten — entsprechend der Veränderung in den globalen Ost-West-Beziehungen — auch unterschiedliche Antworten gefunden haben. Aber es bleibt die Tatsache, daß die kommunistische Regierungsbeteiligung bereits 1945 zu den »essentials« sowjetischer Außenpolitik gegenüber den Staaten ihres Schutzwalls gehörte. Bei der Durchsetzung dieses Prinzip kam es insofern zu einem Rückkoppelungseffekt, als die dabei angewandten Methoden bei den nicht-kommunistischen Politikern antisowjetische Vorbehalte evozierte (oder revozierte), wodurch sich wiederum die Sowjetunion nachträglich in ihren antizipierten Befürchtungen bestätigt fühlen konnte⁹. 2. Ebenso wichtig war, daß die Westmächte die sowjetischen Sicherheitsinteressen anerkannt, sich jedoch über die Voraussetzungen für deren Gewährleistung mit der UdSSR nicht abgestimmt hatten. Die Tatsache, daß es die Vereinigten Staaten versäumten, rechtzeitig auf einer Klärung dieser wohl schwierigsten Frage der Nachkriegsordnung zu drängen, konnte von der Moskauer Führung als stillschweigendes Einverständnis mit ihren eigenen Plänen mißdeutet werden. Der Bericht des US-Botschafters in Moskau, Averell Harriman, vom 20. September 1944 machte dies in aller Eindringlichkeit deutlich: »Molotov has on a number of occasions indicated to me that he considered that after they had put us on notice of a Soviet policy or plan and we did not at that time object, we had acquiesced in and accepted the Soviet position. (...) I believe the Soviets consider that we accept... their position that although they would keep us informed they had the right to settle their problems with their western neighbors unilaterally. Then too, words have a different connotation to the Soviets than they have to us. When they speak of insisting on 'friendly governments' in their neighboring countries, they have in mind

⁹ Charakteristisch dafür ist die im Dezember 1946 in Ungarn aufgedeckte »Verschwörung gegen die Republik«, die Verhaftung des Generalsekretärs der Kleinlandwirtepartei Béla Kovács durch die sowjetische Militärpolizei im Februar 1947 u. die spätere Ausschaltung des Ministerpräsidenten Ferenc Nagy. Vgl. dazu u. a. D. Korbuly: Ungarns Gleichschaltung durch die Kommunisten 1945—1948, München 1970, S. 55 ff. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Analyse des Leiters der Abt. Research on Europe im State Department, H. Stuart Hughes, vom Juni 1947: »It was not the democratic character of the Hungarian Govt. that brought down upon it the wrath of the Soviet Union. It was its foreign policy of cultivating the favor of the Western democracies, particularly the United States. The Hungarian statesmen of the Smallholders Party simply refused to do as the Czech leaders had done and to recognize the geographic and strategic realities that had placed their country within the Soviet sphere of influence and the consequent suicidal character of a pro-Western foreign policy.« Zit nach D. Yergin: Shattered Peace. The Origins of the Cold War and the National Security State, Boston 1977, S. 313 f. Allerdings war es gerade die amerikanische Administration, die sich immer wieder geweigert hatte, eine sowjetische Einflußsphäre anzuerkennen, und die mit ihrer Rhetorik die »selbstmörderische« Politik der Kleinlandwirte gefördert hatte.

something quite different from what we would mean.«¹⁰ Die US-Administration zog jedoch aus diesem Bericht keine erkennbaren Konsequenzen und weigerte sich auch beharrlich, die zwischen Stalin und Churchill getroffene Absprache über Einflußsphären zur Kenntnis zu nehmen¹¹. Sie versperrte sich damit der Einsicht, daß zwischen ihrem eigenen und dem sowjetischen Verständnis von Sicherheit eine schwer überbrückbare Distanz klaffte, die auch durch die Deklaration von Jalta nicht verringert (allenfalls verdeckt) wurde. Damit war dem wachsenden Mißtrauen auf beiden Seiten und den daraus resultierenden Rückkoppelungseffekten Tür und Tor geöffnet. Stalin verstand anscheinend nicht, warum die Westmächte auf der Abhaltung freier, unbehinderter Wahlen und der Bildung »repräsentativer« Regierungen insistierten, wenn sie das sowjetische Sicherheitsinteresse wirklich ernst nahmen^{11a}. »He /Stalin/ is a realist in all his actions«, so Harriman, »and it is hard for him to appreciate our faith in abstract principles. It is difficult for him to understand why we should want to interfere with Soviet policy in a country like Poland, which he considers so important to Russia's security, unless we have some ulterior motive.«¹²

Auf der anderen Seite fürchteten amerikanische Diplomaten und Politiker, daß die Anerkennung einer mehr oder minder »geschlossenen«¹³ sowjetischen Einflußsphäre in Ostmittel- und Südosteuropa die Kreml-Führung zu einer weiteren Expansion nach Westen ermutigen könne. In dem oben bereits zitierten Telegramm des Botschafters Harriman vom 20. September 1944 heißt es: »What frightens me however is that when a country begins to extend its influence by strong arm methods beyond its borders under the guise of security it is difficult to see how a line can be drawn. If the policy is accepted that the Soviet Union has a right to penetrate her immediate neighbors for security, penetration of the

¹⁰ Harriman an Secretary of State, 20. 9. 1944, Foreign Relations of the United States (FRUS) 1944, IV, S. 992 f.

¹¹ Vgl. u. a. Davis, S. 143. ff., insbes. S. 159. 263 (Anm. 15 u. 17), 338 u. passim.

^{11a} Am 24. 4. 1945 schrieb Stalin an Truman: »I am ready to fulfill your request (Realisierung der Vereinbarungen von Jalta) and do everything possible to reach a harmonious solution, but you demand too much of me. In other words, you demand that I renounce the interests of the Soviet Union, but I cannot turn against my country.« FRUS 1945, V, S. 264.

¹² Harriman an Truman, 8. 6. 1945, FRUS, The Conference of Berlin, 1945, I, S. 61. Im Hinblick auf die amerikanischen Vorbehalte gegen die Groza-Regierung in Rumänien fragte Molotov auf der Londoner Außenministerkonferenz am 21. 9. 1945 seinen amerikanischen Kollegen Byrnes: »Was not the reason why the American Govt. was opposed to his (Groza's) Govt. because it was friendly to the Soviet Union?« FRUS 1945, II, S. 292. Zu Stalins Unverständnis der politischen Ideale Amerikas vgl. auch Yergin: »Stalin seemed to have little time for great conceptions or grand designs, his own or anybody else's. 'A declaration I regard as algebra', he once said to Eden during the war. 'I prefer practical arithmetic.« D. Yergin: Shattered Peace. The origins of the Cold War and the National Security State, Boston 1977, S. 52.

¹³ Vgl. dazu Paterson, S. 49 f.

next immediate neighbors becomes at a certain time equally logical.«¹⁴ Ähnlich lauteten auch die Vorbehalte in einem Memorandum des stellvertretenden Leiters der Abteilung für Europäische Angelegenheiten im State Department vom 10. Dezember 1945: »Since to concede a limited Soviet sphere of influence even in this area of strategic importance to the USSR (gemeint waren die Balkanländer und der östliche Mittelmeerraum) might be to invite its extension to other areas...«¹⁵

Hinzu kam 3., daß sich die wechselseitigen Verdächtigungen der Großmächte unmittelbar auf die jeweilige Einschätzung der politischen Lager in den künftigen »Volksdemokratien« auswirkten. Die pro-westlichen Politiker in den sowjetischen Anrainerstaaten gerieten dadurch in eine fast unhaltbare Position. Einerseits konnten sie sich durch die amerikanische Rhetorik zu einer unnachgiebigen Haltung gegenüber sowjetischen Forderungen ermuntert fühlen, andererseits waren die Vereinigten Staaten bei Kriegsende nicht vorbereitet und Großbritannien nicht in der Lage, aktiv bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in den sowjetischen Nachbarstaaten mitzuwirken. Ob man in diesem Zusammenhang von amerikanischer »non-policy«, von »policy of non-involvement« oder von »diplomacy of silence and apparent inaction« spricht¹⁶, ist von zweitrangiger Bedeutung. Entscheidend ist, daß die amerikanische Ostpolitik zunächst kein klares Konzept erkennen ließ, was nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die verschiedenen politischen Gruppierungen in den »Volksdemokratien« verunsicherte¹⁷. Folgten die pro-westlichen Politiker der amerikanischen Rhetorik, so zogen sie fast zwangsläufig das sowjetische Mißtrauen gegenüber der US-Politik auf sich. Waren sie dagegen bereit, die politischen Konsequenzen aus der russischen Vormachtstellung zu ziehen, so setzten sie sich dem maliziösen amerikanischen Vorwurf »of appeasing the Communists« aus¹⁸. Wirksame Unterstützung erhielten sie aber weder im ersten noch im zweiten Fall. So blieb ihnen angesichts sowjetischer Drohungen nur die Wahl: entweder nachzugeben oder aufzugeben. Aber selbst ein Nachgeben nützte auf Dauer nichts, sofern nicht das schwebende Konfliktpotential zwischen den Großmächten abgebaut wurde.

Zu diesen für alle sowjetischen Randstaaten mehr oder weniger gleichen Rahmenbedingungen kamen im Falle Ungarns bzw. der ehemaligen Verbündeten Hitlers eine Reihe weiterer Einflußfaktoren hinzu, die sich aus dem früheren Feindstatus ergaben. Auch diese seien am Beispiel

¹⁴ S. Anm. 10 (S. 993). Vgl. ferner Minutes of the Secretary of State's Staff Committee, 20. 4. 1945, FRUS 1945, V, S. 841.

¹⁵ Memo. for Secretary of State, 10. 12. 1945, FRUS 1945, IV, S. 408.

¹⁶ So die Charakterisierung der amerikanischen Politik durch Lundestad u. Davis. Die letzte Formulierung stammt aus einem Bericht des amerikanischen Vertreters in Bulgarien, Barnes, an Secretary of State, 9. 7. 1945, FRUS 1945, Potsdam, I, S. 403 f.

¹⁷ Vgl. u. a. Davis, S. 390.

¹⁸ Bericht des amerikanischen Vertreters in Ungarn, Schoenfeld, an Secretary of State, 22. 9. 1945, FRUS 1945, IV, S. 906, Anm. 65.

Ungarns zunächst aufgezählt, um ihre Wirkungsweise später an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen.

1. Die *Besetzung* des Landes durch die Rote Armee. Über die Zahl der sowjetischen Soldaten in Ungarn liegen keine zuverlässigen Angaben vor. Der amtierende Ministerpräsident, General Miklós, bezifferte sie im März 1945 gegenüber dem politischen Vertreter Großbritanniens, Gascoigne, auf zwei bis zweieinhalb Millionen¹⁹. Auf britischer Seite ging man dagegen »nur« von einer bis anderthalb Millionen Soldaten aus, deren Versorgung für das erschöpfte Ungarn gleichwohl eine kaum erträgliche Belastung darstellte²⁰. Anlässlich der Vorbereitungen für die Winterquartiere rechneten ungarische Politiker auf Grund sowjetischer Anforderungen im Herbst 1945 noch immer mit 920.000 Soldaten²¹. Bei einer Gesamtbevölkerung von rd. acht Millionen wäre sicher auch eine weitaus geringere Zahl voll ausreichend gewesen, um das Aufbrechen von Widersetzlichkeiten wirksam unterbinden zu können. Wenn daher der Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission, Marschall Worosilow, die bürgerlichen Politiker wiederholt auf die »Gefahr« möglicher Unruhen hinwies²², so war dies unter den gegebenen Umständen weniger ein Ausdruck der Besorgnis als eine schlecht verhüllte Drohung. Daß schließlich die westlichen Vertreter in der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn — ebenso wie in Rumänien und Bulgarien — nur einen faktischen Beobachterstatus innehatten, sei lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt. Die interalliierte Verantwortung für die Überwachung des Waffenstillstands stand bloß auf dem Papier. Was die Westmächte zu ihrem Vorteil in Italien begonnen hatte, setzte sich nun mit umgekehrtem Vorzeichen in den sowjetischen Anrainerstaaten fort²³.

2. Im Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten war Ungarn in Artikel 11 zum *Unterhalt der sowjetischen Besetzungstruppen* und in Artikel 12 zur Zahlung von *Reparationen* verpflichtet worden²⁴. Zwar war es den westlichen Regierungen bei der Vorbereitung des Abkommens gelungen, die ursprünglichen sowjetischen Entschädigungsforderungen in Höhe von 400 Millionen Dollar auf die Hälfte bzw. — unter Einbeziehung der Reparationsleistungen an die Tschechoslowakei und Jugoslawien —

¹⁹ Gascoigne an FO, 14. 3. 1945, PRO, FO 371-48462, R 6718/26/21.

²⁰ Ebda. Zum Umfang der sowjetischen Lebensmittelanforderungen im letzten Quartal 1945 vgl. Bericht der Brit. Militärmission an War Office, 20. 10. 1945, PRO, FO 371-48501, R 18128/4634/21. Zu den vorangegangenen Forderungen der Sowjetunion aus Art. 11 vgl. das Memorandum der Brit. Militärmission v. 19. 6. 1945 mit Übersetzung eines Aide-Mémoires des ungarischen Außenministeriums an die Alliierte Kontrollkommission, Anlage zum Bericht Gascoignes an FO, 11. 7. 1945, ebda., 48476, R 12304/82/21.

²¹ Gascoigne an Bevin, 22. 9. 1945, ebda., FO 371-48482, R 16196/26/21.

²² Vgl. unten S.

²³ Vgl. E. Barker: *British Policy towards Romania, Bulgaria and Hungary, 1944—1946*, — in: *Communist Power in Europe 1944—1949*, London 1977, S. 201—219.

²⁴ Text des Abkommens in: *The Department of State Bulletin*, VII, 21. 1. 1945, S. 83.

auf 300 Millionen Dollar herabzudrücken²⁵, doch drohte auch dieser Betrag noch, den ungarischen Wiederaufbau in Frage zu stellen. Botschafter Harriman machte am 31. Dezember 1944 noch auf eine weitere Folge der Reparationsvereinbarung aufmerksam: »Whoever controls reparation deliveries could practically control Hungarian economy and exercise an important economic influence in other directions. The Soviet Government's position that only these countries receiving reparations should be involved in the way in which reparations are collected does not seem reasonable. The British and we have an equal interest in the economic stability of Europe even though neither of us are demanding reparations from Hungary.«²⁶ Harrimans Befürchtungen über die sowjetischen Kontrollmöglichkeiten sollten sich bald in einem Umfang bestätigen, der bei Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 20. Januar 1945 noch gar nicht absehbar war. Obwohl Ungarn zu diesem Zeitpunkt noch Kriegsschauplatz war, begann das Reparationsjahr mit sofortiger Wirkung. Das entsprechende Ausführungsabkommen wurde aber erst nach mühseligen Verhandlungen am 15. Juni abgeschlossen²⁷. Ungarn befand sich daher von vorneherein in einem fast halbjährigen Rückstand, und es gab keinerlei Aussicht, daß es seinen Verpflichtungen angesichts der sowjetischen Beutemaßnahmen²⁸, der Kriegsschäden²⁹ und des Rohstoffmangels³⁰ noch termingerecht würde nachkommen können. Für diesen Fall sah das Abkommen eine 5 %-ige Strafe pro Monat (!) in zusätzlichen Warenlieferungen vor.

3. Auf der Potsdamer Konferenz wurden der UdSSR die *deutschen Vermögenswerte* in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Ost-Österreich und Finnland als Reparationen zugesprochen. In den Verhandlungen hatte man aber weder den Begriff »deutsch« noch den Begriff »Auslandsguthaben« (assets) definiert³¹. Die vorgesehene Demontage des deutschen oder vermeintlich deutschen Vermögens (unter Zugrundelegung von Brutto- statt Nettowerten) hätte der ungarischen Wirtschaft die letzte Chance zum Wiederaufbau genommen. Sie hätte darüber hinaus die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen weiter erschwert (wenn nicht unmöglich gemacht) und über die kumulativ wachsenden Verzögerungszinsen die Wirtschaft des Landes in den Ruin getrieben. Unter ökonomi-

²⁵ Zur ursprünglichen sowjetischen Forderung vgl. Harriman an Secretary of State, 13. 10. 1944, FRUS 1944, III, S. 903. Hull bezeichnete die sowjetischen Erwartungen als »clearly excessive«. Secretary of State an Harriman, 14. 10. 1944, ebda., S. 908. Zu den Verhandlungen vgl. Lundestad, S. 118 f.

²⁶ Harriman an Secretary of State, 31. 12. 1944, FRUS 1944, III, S. 952.

²⁷ Dazu u. zum folgenden H. S u n d h a u s s e n : Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- u. Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945—1948, — in: Jbb. f. Gesch. Osteuropas, N. F. 28. 1980, S. 559 ff.

²⁸ Nähere Angaben im Memo. der US-Mission in Budapest v. Juli 1946, Anlage zum Bericht Gascoignes an FO, 9. 11. 1946, PRO, FO 371-58972, R 16914/73/21 (S. 6).

²⁹ Vgl. S u n d h a u s s e n , S. 549 f. (mit weiteren Quellen- u. Literaturangaben).

³⁰ Vgl. ebda., S. 568.

³¹ Ebda., S. 564 ff.; St. M. M a x : The Anglo-American Response to the Sovietization of Hungary, 1945—1948, Ann Arbor, Mich. 1981, S. 65.

schen Gesichtspunkten ergaben diese Regelungen wenig Sinn und wären auch für die Sowjetunion allenfalls von kurzfristigem Nutzen gewesen: mutatis mutandis also eine Wiederholung der gescheiterten Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg.

Alles in allem boten die drei genannten Einflußfaktoren — unter den vorher skizzierten Rahmenbedingungen — der Sowjetunion ein mehr als ausreichendes und höchst wirksames Instrumentarium zur Einmischung in innerungarische Angelegenheiten. Mit seiner Hilfe konnten die Russen und die ungarischen Kommunisten das latente politische und wirtschaftliche Krisenpotential je nach den taktischen Erfordernissen verschärfen oder reduzieren. Und beides — Krisenverschärfung und Krisenreduktion — bzw. ihr ständiger Wechsel ermöglichten die Durchsetzung des »volksdemokratischen« Systems in Ungarn.

Das latente innenpolitische Konfliktpotential ergab sich vor allem aus dem Zusammenbruch des politischen und gesellschaftlichen Systems der Horthy-Ära und den unterschiedlichen Auffassungen, wie man mit diesem Erbe fertig werden sollte: durch revolutionären oder durch evolutionären Wandel, durch eine »Ost«- oder durch eine »West«-Orientierung. Der fehlende Konsens über die Grundwerte und -inhalte der Demokratie bzw. über den Demokratiebegriff selbst unterwarf die Koalition der vier zugelassenen Parteien permanenten Spannungen. Während die KP, die Sozialdemokratische Partei und die Nationale Bauernpartei für unterschiedliche Varianten einer radikalen Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft kämpften, trat die Kleinlandwirtepartei als Vertreterin der breiten politischen Mitte für ein gemäßigt-evolutionäres Programm ein³². Daß sie sich nicht deutlich gegenüber dem rechten politischen Spektrum abgrenzte und unter den gegebenen Umständen wohl auch gar nicht klar abgrenzen konnte, setzte sie nahezu wehrlos den Angriffen des linken Dreierblocks und der sog. Salamtaktik der Kommunisten aus. Spannungsverschärfend kamen die Unterwanderung des Verwaltungsapparates, der Volksgerichte und der Politischen Polizei durch die Anhänger der KP sowie die massive Unterstützung der Kommunisten durch die sowjetische Besatzungsmacht hinzu³³. Während die provisorische Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Miklós in der ersten Zeit ihres Bestehens weder über Geld noch über Kommunikationsmittel verfügte und somit ein Schattendasein führte³⁴, wurde die KP von Anfang an durch die Okkupationsmacht reichlich mit Beutegeld, Kraftfahrzeugen und Zeitungspapier versorgt³⁵. »General Miklós was looking extremely

³² Zu Einzelheiten vgl. u. a. *Á. Ságvári: Les parties et leurs programmes en Hongrie au lendemain de la libération (1944—1945)*, — in: *Acta Historica Acad. Scient. Hung.* 13. 1967, 1, S. 35—66; *Gati*, S. 345 ff.

³³ Gascoigne an Eden, 20. 3. 1945, PRO, FO 371-48462, R 6789/26/21; Gascoigne an Churchill, 28. 6. 1945, ebda. 48464, R 12081/26/21; Gascoigne an Bevin, 21. 8. 1945, ebda., 48466, R 14675/26/21; Gascoigne an Bevin, 11. 9. 1945, ebda., 48468, R 16820/26/21; Gascoigne an FO, 27. 9. 1945, ebda., R 16959/26/21; Gascoigne an Bevin, 9. 10. 1945, ebda., 48470, R 17850/26/21.

³⁴ Gascoigne an Eden, 25. 5. 1945, ebda., 48463, R 9845/26/21; Gascoigne an FO, 30. 5. 1945, ebda., R 9780/26/21.

³⁵ Gascoigne an FO, 16. 6. 1945, ebda., 48464, R 11396/26/21.

tired and depressed«, berichtete Gascoigne am 25. Mai 1945 an das Foreign Office. »Recent Russian demands³⁶, coupled with the obvious difficulties which he is having with the Communists and some of the members of his own team, are no doubt telling upon him... His position is not strong...«³⁷

Das politische Konfliktpotential — verschärft durch die wirtschaftliche Misere des Landes — kam in der zweiten Jahreshälfte 1945 offen zum Ausbruch. Die Intensivierung der Krise stand (ähnlich wie in Bulgarien und Rumänien) im Zusammenhang mit der Abhaltung von Wahlen und der Bildung einer »repräsentativen« Regierung gemäß der Deklaration von Jalta. Für Ungarn kam ein weiteres Moment hinzu: Am 21. Juli reisten Handelsminister Gerő (von der KP) und Industrieminister Bán (von der Sozialdemokratischen Partei) nach Moskau, um über ein eng befristetes Warenabkommen zu verhandeln. Mitte August erfuhren die Briten, daß in Moskau außerdem Gespräche über ein langfristiges Kooperationsabkommen geführt wurden, das Gerő am 27. August unterzeichnete³⁸. In einem Gespräch mit Gascoigne versicherte Ministerpräsident Miklós wenige Tage später, daß der Vertrag hinter seinem Rücken ausgehandelt worden sei und daß er als Chef einer interimistischen Regierung ein derartig folgenschweres Dokument nicht billigen werde³⁹. Auch der Präsident der Provisorischen Nationalversammlung Zsedényi (von den Kleinlandwirten) beteuerte, daß Gerő das Abkommen ohne Autorisierung durch das Kabinett unterschrieben habe. Eine Ratifizierung des Vertrages wäre gleichbedeutend mit der »Kolonisierung« Ungarns durch die UdSSR⁴⁰. Führende Vertreter der Kleinlandwirterpartei deuteten gegenüber der Britischen Mission an, daß ihre Kabinettskollegen demissionieren würden, falls der Vertrag in Kraft träte⁴¹. Zur gleichen Zeit tauchten Gerüchte auf, daß General Miklós bereits zurückgetreten sei oder in Kürze zurücktreten werde, da er dem sowjetischen Druck hinsichtlich der Ratifizierung des Kooperationsabkommens und der Abhaltung von Wahlen nicht länger standhalten könne⁴².

Die sowjetischen Absichten in der Wahlangelegenheit sind nicht klar erkennbar. Vermutlich wollte Moskau damit die Voraussetzungen für die diplomatische Anerkennung Ungarns durch die Westmächte schaffen. Die Kleinlandwirte befürchteten allerdings, daß unter den gegebenen politischen Voraussetzungen mit wirklich freien Wahlen nicht zu rechnen sei. Fast täglich sprachen nun ihre Vertreter bei der britischen und amerikanischen Mission vor und baten um Unterstützung bzw. um eine Klar-

³⁶ In den Verhandlungen über das Reparationsabkommen.

³⁷ Gascoigne an Eden, 25. 5. 1945 (s. Anm. 34).

³⁸ Der brit. Botschafter in Moskau an FO, 30. 8. 1945, ebda., 48515, R 14714/9311/21; Brit. Militärmission in Ungarn (BMM) an War Office, 4. 9. 1945, ebda., R 15185/9311/21; Gascoigne an FO, 28. 8. 1945, ebda., R 15108/9311/21; vgl. auch Sundhausen, S. 565 f.

³⁹ Ebda.; Gascoigne an FO, 27. 8. 1945, PRO, FO 371-48515, R 14482/9311/21.

⁴⁰ Gascoigne an FO, 25. 9. 1945, ebda., R 16977/9311/21.

⁴¹ Gascoigne an FO, 23. 9. 1945, ebda., 48470, R 17007/26/21 u. Gascoigne an FO, 9. 10. 1945, ebda., R 17850/26/21.

⁴² Gascoigne an FO, 27. 8. 1945, ebda., 48466, R 14467/26/21.

stellung der westlichen Politik gegenüber Ungarn. Über eine Unterredung mit dem Führer der Kleinlandwirtepartei Ferenc Nagy am 31. August 1945 berichtet Gascoigne: »Mr. Nagy then said that the burning question which was causing nightmares to most of the responsible officials, was whether Great Britain and the United States intended to permit Hungary to become a permanent sphere of influence of the Soviet Union? (...) (This question is put to me at least once almost every day). (...) There is no doubt in my mind that the Russians, even if they do not desire to go so far as to make Hungary an 'associate Soviet Republic', do intend to include her within their economic and political orbit for many years to come. The fear of this eventuality emerges in every conversation which I hold with those responsible Hungarian officials and otherwise, who are not members of the political parties of the extreme left. This is I quite realise in line with Russian policy in Roumania and Bulgaria. It is difficult to see what His Majesty's Government could do to hinder this Soviet absorption without offending Russian susceptibilities. I feel strongly that we should, to the fullest extent possible, show interest in this country's affairs and thereby encourage its leaders to believe that Great Britain does interest herself in Hungary's economic and political future, that all is not yet lost, and that it is therefore up to them to resist the illegal demands of Russia in whatever way they can.«^{42a}

Zu den konkreten Anliegen der Kleinlandwirte gehörten 1. die Beteiligung der angelsächsischen Repräsentanten in der Alliierten Kontrollkommission an der Überwachung der Wahlen; 2. die Erlaubnis für den Besuch ausländischer Journalisten in Ungarn; 3. die Bereitstellung einer Druckerpresse für das Parteiorgan der Kleinlandwirte »Kis Újság« und 4. die finanzielle Unterstützung der Partei zum Ausgleich der sowjetischen Hilfeleistungen an die KP⁴³. »The Communists, Mgr. Balogh⁴⁴ said, were paid 600 million pengös per month by the Russians, and they had 150 motor cars, while the Small Holders' party had empty coffers and only eight cars⁴⁵.« Aber sowohl die Briten wie die Amerikaner lehnten jede materielle Unterstützung für die Kleinlandwirtepartei als Einmischung in innerungarische Angelegenheiten ab. »As regards payment for the news-print and other financial assistance, I /Gascoigne/ said that it was not the policy of his Majesty's Govt. to interfere in the internal political affairs of foreign countries by supporting political parties, and that I could hold out no hope of his /Balogh's/ obtaining any help from the British Govt. He protested that this would not amount to interfering

^{42a} Gascoigne an Bevin, 31. 8. 1945 ebda., 48467, R 15782/26/21.

⁴³ Gascoigne an Bevin, 21. 8. 1945, ebda., 48466, R 14676/26/21; Gascoigne an Bevin, 21. 8. 1945, ebda., R 14673/26/21. Zu Pkt. 1 vgl. auch. Gascoigne an Churchill, 25. 6. 1945, ebda., 48464, R 11676/26/21: Bericht über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des Außenpolitischen Ausschusses der Kleinlandwirtepartei, Auer. »He was careful to explain that he was not anti-Russian, but that the present situation demanded that Great Britain and America should also take part in the control of Hungary during the armistice period and especially was this so with regard to the forthcoming elections.«

⁴⁴ Unterstaatssekretär im Präsidialamt (Kleinlandwirtepartei).

⁴⁵ 1. Beleg von Anm. 43.

in the internal politics of Hungary; it would merely consist in supporting truly democratic ideals in that it would enable real democracy to fight Red communism on equal terms. To this I made no comment — but there is some truth in it⁴⁶.« Der politische Vertreter der Vereinigten Staaten, Schoenfeld, setzte den Bitten der Kleinlandwirte nur den Hinweis auf »necessary personal sacrifices« entgegen⁴⁷.

Auch eine Überwachung der Wahlen durch die Vertreter der Westmächte stieß in London und Washington auf Ablehnung. Das Foreign Office wies Gascoigne am 23. August 1945 an, daß er nicht zu der Zusage autorisiert sei, daß sich Großbritannien an der Kontrolle der Wahlen beteiligen werde⁴⁸. Gascoigne mußte sich unter diesen Umständen ebenso wie sein amerikanischer Kollege Schoenfeld auf die Wiederholung der Deklaration von Jalta und den Hinweis beschränken, daß Großbritannien und die USA eine undemokratisch gewählte Regierung nicht anerkennen und mit ihr keine Friedensverhandlungen aufnehmen würden⁴⁹. Das war zwar nicht viel — und Gascoigne selbst sprach in diesem Zusammenhang einmal von »necessarily colourless replies«^{49a} —, aber es stärkte den Kleinlandwirten den Rücken^{49b} und... verschlechterte die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den Großmächten. Die amerikanische Historikerin Lynn E. Davis hat in ihrer Untersuchung über die Anfänge des »Kalten Krieges« wohl zu Recht hervorgehoben, daß die Abhaltung freier Wahlen und die Bildung »sowjetfreundlicher« Regierungen in den Anrainerstaaten der UdSSR inkompatible Ziele darstellten (zumindest, wenn man Moskaus Vorstellungen von »sowjetfreundlichen« Regierungen ernstnahm). American officials, however, failed to acknowledge that a public policy in favor of free elections meant that conflict with the Soviet Union was inevitable⁵⁰.«

Immerhin kam es trotz anhaltenden sowjetischen Drucks zur Verabschiedung eines liberalen Wahlgesetzes und zu freien Magistratswahlen in Budapest am 7. Oktober. Die Entscheidung in der ungarischen Hauptstadt wurde von allen Parteien als »Test« für die geplanten Landeswahlen betrachtet. Während Kommunisten und Sozialdemokraten auf einer Einheitsliste kandidierten (was bei den letzteren zu einer inneren Zerreißprobe führte), legten die Kleinlandwirte ihre eigene Liste vor. Und zur

⁴⁶ Ebda.

⁴⁷ Schoenfeld an Secretary of State, 21. 8. 1945, FRUS 1945, IV, S. 852 f.

⁴⁸ FO an Gascoigne, 23. 8. 1945, PRO, FO 371-48465, R 14053/G. Gascoigne hatte zunächst in Aussicht gestellt, »that Great Britain would take a hand in supervising the elections, together with her American and Russian colleagues«. Gascoigne an Bevin, 21. 8. 1945, R 14676/26/21 (s. Anm. 43).

⁴⁹ Vgl. die Anweisung des FO an Gascoigne (Anm. 48); ferner Max, S. 50.

^{49a} Gascoigne an Bevin, 21. 8. 1945, R 14673/26/21 (s. Anm. 43).

^{49b} Vgl. Lundestad, S. 128 ff. Ermutigend wirkte insbesondere die Ankündigung der USA, daß sie bereit seien, die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn wiederherzustellen, vorausgesetzt, daß die Abhaltung freier Wahlen zugesichert würde. Schoenfeld an Außenminister Gyöngyösi, 22. 9. 1945, FRUS 1945, IV, S. 875.

⁵⁰ Davis, S. 253, 387 u. 389.

Überraschung aller Beteiligten erreichten sie die absolute Mehrheit in Groß-Budapest⁵¹. Damit aber trat die Krise in ihre akute Phase.

Wenige Tage nach der Wahl erschien in der kommunistischen Zeitung »Szabad Nép« ein Leitartikel unter der Überschrift »Wir bereiten die Rache vor«. Nicht nur »Szabad Nép«, sondern auch die übrige Linkspresse (»Népszava«, das Organ der Sozialdemokraten und »Szabad Szó«, das Presseorgan der Nationalen Bauernpartei) machten deutlich, daß sie das Ergebnis der Magistratswahl nicht hinnehmen würden und attackierten die Kleinlandwirtepartei als Sammelbecken der »Reaktion und des Faschismus«⁵². Auch die Vertreter der Besatzungsmacht waren irritiert: »As for the reaction of the Russians, Dr. Szedényi said that Marshal Vorošilov was 'furious' with M. Rakósi, the leader of the Communist party, of having misled him as regards the support which the leftist factions enjoyed in the capital«⁵³. Mehr oder minder offen drohten nun die Kommunisten mit der »Mobilisierung der Straße«, eine Drohung, die ohne vorherige Zustimmung Vorošilovs weder realisierbar noch denkbar gewesen wäre. In den nächsten Tagen kam es im ganzen Lande zu einer Reihe von Zwischenfällen: Parteiversammlungen der Kleinlandwirte in Szeged und Esztergom wurden gewaltsam von den Anhängern der Linken unter dem Slogan »Wir werden auf den Barrikaden siegen« gesprengt. Parteibüros der Bürgerlichen (z. B. in Székesfehérvár) wurden überfallen und zerstört, einzelne Politiker schwer verletzt und lokale Streiks organisiert⁵⁴. Der Vorsitzende der Kleinlandwirtepartei, Ferenc Nagy, äußerte darüber hinaus gegenüber Gascoigne den Verdacht, daß die Kommunisten in zunehmendem Maße mit Waffen versorgt würden⁵⁵.

Auf dem Höhepunkt dieser Krise bot sich schließlich Marschall Vorošilov am 16. Oktober 1945 als »Mediator« an und offerierte den Kleinlandwirten die Aussicht auf Krisenreduzierung, falls sie einer Einheitsliste bei den Landeswahlen am 4. November zustimmen würden. Seinen Vorschlag begleitete er mit dem Hinweis, daß er nicht beabsichtige, sich in innerungarische Angelegenheiten einzumischen, daß er jedoch in tiefer Sorge vor dem Ausbrechen eines Bürgerkrieges sei⁵⁶. Die Rote Armee könne nur dann die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe übernehmen, wenn die Kleinlandwirte einer Einheitsliste zustimmten⁵⁷. »Vorošilov's representations had come as a complete surprise to the Smallholders' party who had then proceeded to weigh the pros and cons of his suggestion. In face of increasing unrest, diminishing of foodstuffs and bankruptcy, what should they do? If they accepted, bloodshed might be averted, even civil war. On the other hand the great disadvantage was

⁵¹ A. S á g v á r i Az 1945-ös budapesti választások, — in: Párttörténeti közlemények 1959, 3—4, S. 208—233.

⁵² Gascoigne an Bevin, 10. 10. 1945, PRO, FO 371-48470, R 17772/26/21.

⁵³ Gascoigne an Bevin, 10. 10. 1945, ebda., R 17771/26/21.

⁵⁴ Gascoigne an Bevin, 25. 10. 1945, ebda., R 18122/26/21.

⁵⁵ Gascoigne an Bevin, 17. 10. 1945, ebda., 48469, R 17715/26/21.

⁵⁶ Ebda. u. Anm. 54.

⁵⁷ Gascoigne an FO, 30. 10. 1945, ebda., 48470, R 17863/26/21. Vgl. dazu auch F. N a g y : Machtraub in Ungarn, München 1947, S. 22.

that the popularity of the party would suffer and opinion of Anglo-Saxon powers was also an important question⁵⁸.« Gascoigne fügte hinzu, daß er keine Zweifel daran habe, daß die Russen die »ökonomische Schraube« anziehen und weitere Unruhen schüren würden, falls die Kleinlandwirte nicht auf die Einheitsliste und die Ratifizierung des Kooperationsabkommens mit der Sowjetunion eingehen sollten⁵⁹.

Die Kleinlandwirte rangen sich schließlich zu einem Kompromiß durch. Sie lehnten zwar die Einheitsliste weiterhin ab, erklärten sich aber nach einem mühevollen innerparteilichen Entscheidungsprozeß dazu bereit, die Viererkoalition ohne Rücksicht auf den Wahlausgang fortzusetzen, also auch in dem zuversichtlich erwarteten Fall, daß sie eine absolute Mehrheit erringen würden⁶⁰. Den Führern der Partei ist in diesem Zusammenhang von verschiedenen Seiten »Verantwortungsscheu« vorgeworfen worden⁶¹. Dieser Vorwurf geht jedoch an der tatsächlichen Zwangslage der Partei völlig vorbei. Mit Nachdruck ist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die fast ausweglos erscheinende wirtschaftliche Lage des Landes und die enge Wechselwirkung von ökonomischen und politischen Faktoren hinzuweisen. Rechtlich unanfechtbar konnte die Sowjetunion jederzeit auf der termingerechten Erfüllung der Reparationsverpflichtungen bzw. der bei Verzögerungen vorgesehenen 5 %-igen Strafe pro Monat und auf der sofortigen Demontage der deutschen Vermögenswerte bestehen. Damit aber wäre der wirtschaftliche Wiederaufbau Ungarns auf unabsehbare Zeit verhindert, das vordringlichste Anliegen seiner Bevölkerung enttäuscht und die Menschen zutiefst demoralisiert worden. Die Versorgung der Bevölkerung im Herbst 1945 und erst recht im bevorstehenden Winter 1946 war alles andere als gesichert. Der Ausbruch einer Hungersnot war keineswegs ausgeschlossen⁶². Eine Reihe anonymer Briefe von Mitgliedern der Kommunistischen Partei an die Britische Mission in Budapest dokumentiert auf erschütternde Weise, welchen materiellen Nöten die Bevölkerung ausgesetzt war und wie es die KP verstand, mit den ihr — und ihr allein — zur Verfügung stehenden Subsidien die Reihen ihrer Mitglieder zu füllen⁶³. Die sich zuspitzende Unruhe im Lande, der Zerfall der Volkswirtschaft und vor allem das wirtschaftliche Damoklesschwert der Sowjetunion ließen den Kleinlandwirten kaum eine andere Wahl als die Kommunisten in die Regierungsverantwortung einzubinden und damit die UdSSR zu Konzessionen zu bewegen. »Some criticism has been directed at the Small Holders' party because of their indecision in this moment of crisis, but I find it difficult to agree that much blame is to be attached to them. The suggestion for

⁵⁸ S. Anm. 55

⁵⁹ S. Anm. 54.

⁶⁰ Gascoigne an FO, 23. 10. 1945, PRO, FO 371-48470, R 18039/26/21; Gascoigne an FO, 23. 10. 1945, ebda., R 18417/26/21.

⁶¹ Vgl. Gascoigne an FO, 25. 10. 1945, ebda., 48471, R 18567/26/21.

⁶² Vgl. u. a. Schreiben des Präsidenten der Ungarischen Nationalbank (Kárász) v. 7. 11. 1945 an Gascoigne, Anlage zu Gascoignes Bericht an FO, 13. 11. 1945, ebda., 48501, R 19966/4634/21.

⁶³ Vgl. S u n d h a u s s e n, S. 553 f., Anm. 34.

a 'joint list' emanated from Marshal Vorošilov, and it was undoubtedly put to the Small Holders' party under the covert threat that if they did not obey it, the responsibility for unrest and famine throughout the country would be theirs. Quite naturally, the Small Holders' party found it hard to come to a decision, and they seem to have circumvented the difficulty (for the moment at least) by resorting to a compromise...⁶⁴

Die Wahlen am 4. November 1945 — nach der Abstimmung in Finnland die ersten wirklich freien Wahlen in einem sowjetisch besetzten Land — bescherten der Kleinlandwirtepartei die erwartete überwältigende Mehrheit von 57 % der abgegebenen Stimmen (gegenüber knapp 17 % für die Kommunisten)⁶⁵. Damit hatten die ungarische KP und die Besatzungsmacht nach den Magistratswahlen zum zweiten Mal einen schweren Rückschlag hinnehmen müssen, der noch dadurch an Gewicht erhielt, daß das ungarisch-sowjetische Kooperationsabkommen noch immer nicht ratifiziert worden war. Dennoch erwies sich der Sieg der Kleinlandwirte aus mehreren Gründen als Pyrrhussieg: 1. Die unter direktem und indirektem Druck zugestandene Regierungsbeteiligung der Kommunisten und die Überlassung des Innenministeriums an ein Mitglied der KP sicherten dieser auch in der künftigen Regierung einen entscheidenden Einfluß⁶⁶. 2. Die Zuständigkeit des Parlaments (mit 245 Abgeordneten der Kleinlandwirtepartei gegenüber 70 Parlamentariern der KP) wurde kurz nach den Novemberwahlen — unter Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage und die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion — durch die Verabschiedung eines Ermächtigungsgesetzes fast vollständig ausgehöhlt⁶⁷. 3. Mit demselben Argument wurden auch die Kompetenzen der Regierung — durch Errichtung eines Obersten Nationalrats und vor allem durch die Gründung des Obersten Wirtschaftsrates unter Vorsitz des Altkommunisten Zoltán Vas — bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt⁶⁸. Dieser Oberste Wirtschaftsrat war es denn auch, der am 21. Dezember 1945 das ungarisch-sowjetische Kooperationsabkommen — trotz wiederholter britischer und amerikanischer Proteste — ratifizierte⁶⁹.

Vorausgegangen waren massive sowjetische Drohungen. Bereits am 6. Oktober hatte Schoenfeld dem State Department gemeldet: »They

⁶⁴ S. Anm. 61.

⁶⁵ Vgl. die zahlreichen Berichte Gascoignes an FO, in: PRO, FO 371-48471 u. 48472.

⁶⁶ Zu der kurzfristigen Krise, die durch den Kampf um das Innenministerium ausgelöst wurde, vgl. Gascoigne an FO, 12. 11. 1945, ebda. 48741, R 19172/26/21 u. Gascoigne an FO, 15. 11. 1945, ebda., R 19367/26/21.

⁶⁷ Carse an FO, 12. 12. 1945, ebda., 48472, R 20841/26/21. Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes wurde von der Führung der Kleinlandwirtepartei nachdrücklich befürwortet, wie Ferenc Nagy gegenüber Carse ausdrücklich bestätigte. »Grant of 'unlimited powers' to the Govt. was absolutely necessary (although inexperienced elements in the Assembly were against it) as the economic situation was as bad as it could be. No solution is at present seen to food supply...«

⁶⁸ Carse an FO, 8. 12. 1945, ebda., R 20667/26/21. Vgl. auch P. E. Zinner: *Revolution in Hungary*, New York, London 1962, S. 50.

⁶⁹ Vgl. Gascoigne an Bevin, 29. 12. 1945, ebda., 48482, R 21630/113/21.

(Vorošilov u. Puškin)⁷⁰ are reported to have offered Hungary assistance in economic reconstruction and rehabilitation if it signs collaboration agreement and threatened literal enforcement of Armistice provisions and Reparations Agreement if it fails to sign. Threat to dismantle and remove all German-owned plants assigned to USSR by Potsdam has undermined resistance. Since Vorošilov employs very broad definition of German ownership this threat applies to very important industrial installations⁷¹. « Auf die Anfrage der Kleinlandwirtepartei, ob die Vereinigten Staaten bereit seien, Ungarn bei der Ablehnung des Kooperationsvertrages zu unterstützen, hatte Byrnes am 13. Oktober geantwortet: »Dept. thinks it would be inadvisable for you (Schoenfeld) to indicate to Hungarians any support for refusal to ratify economic collaboration agreement.«⁷² Zwar hatten die Vereinigten Staaten und Großbritannien unter Berufung auf ihr Meistbegünstigungsrecht und interalliierte Absprachen während des Krieges sowohl in Moskau als auch in Budapest schwere Einwände gegen das Kooperationsabkommen geltend gemacht und eine Zusammenarbeit der drei Mächte bei der Lösung von Ungarns wirtschaftlichen Problemen vorgeschlagen⁷³, doch reagierte Moskau darauf lediglich mit dem Hinweis, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits mit Italien wirtschaftliche Verträge geschlossen hätten, ohne daß ein Friedensvertrag unterzeichnet worden wäre⁷⁴. Der sowjetische Druck auf die ungarischen Politiker hielt mittlerweile unvermindert an. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage kamen die bürgerlichen Politiker zu dem Schluß, daß der Widerstand gegen das Kooperationsabkommen ohne westliche Unterstützung auf Dauer nicht durchzuhalten war. In einem Gespräch mit Gascoignes Mitarbeiter Carse unterstrich Zsedényi, »that as Leftist parties were harping increasingly on fact that help had come and would come in future only from Russia, 'moderates' who wished to look to the West were becoming sorely disillusioned. 'Moderates' found that the ground was being gradually cut away beneath their feet on account of the 'silence' of the Western powers«⁷⁵. In dieser Formulierung erblickte das Foreign Office »a strong element of blackmail« (!) und warnte Carse vor ungarischen Versuchen, Großbritannien gegen die Russen auszuspielen⁷⁶.

Wiederum sahen sich die Kleinlandwirte zum Nachgeben gezwungen und stimmten dem Kooperationsvertrag unter dem Vorbehalt zu, daß das deutsche Eigentum zu einem wesentlichen Teil im Lande verbliebe und über die im Rahmenvertrag vorgesehene sowjetisch-ungarische Zu-

⁷⁰ Puškin amtierte als Politischer Berater Vorošilovs.

⁷¹ Schoenfeld an Secretary of State, 6. 10. 1945, FRUS 1945, IV, S. 881 f.; vgl. auch Schoenfelds Bericht v. 5. 10. 1945, ebda., S. 879 ff.; Gascoigne an Bevin, 9. 10. 1945, PRO, FO 371, 48470, R 17850/26/21.

⁷² Secretary of State an Schoenfeld, 13. 10. 1945, FRUS 1945, IV, S. 887.

⁷³ Vgl. Lundestad, S. 129. Zu den britischen u. amerikanischen Protesten vgl. die Belege bei Sundhussen, S. 566, Anm. 126.

⁷⁴ Vgl. Max, S. 70.

⁷⁵ Carse an FO, 20. 10. 1945, PRO, FO 371-48501, R 19979/4634/21.

⁷⁶ FO an Carse, 7. 11. 1945, ebda.

sammenarbeit in jedem Einzelfall (also z. B. bei der Gründung gemischter Gesellschaften) zustimmungspflichtige Verträge abzuschließen seien⁷⁷. Wäre Ungarn im Vollbesitz seiner Souveränitätsrechte gewesen, so hätte es sich bei diesem Vorbehalt um eine substantielle Einschränkung des Rahmenvertrags gehandelt. Unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollte er sich dagegen als völlig bedeutungslos erweisen. Und es waren schließlich ausgerechnet die Erfahrungen mit den gemischten ungarisch-sowjetischen Gesellschaften, die die jugoslawischen Kommunisten zur Zurückhaltung gegenüber einem ähnlichen Vertragswerk mit der Sowjetunion veranlaßten⁷⁸.

Mit der Bildung des Obersten Wirtschaftsrats, dem gesellschaftspolitisch wichtigsten Organ des Regierungsapparats, und der Ratifizierung des sowjetisch-ungarischen Kooperationsabkommens begann die Phase der Krisenreduktion, die ihrerseits bis zum Frühjahr 1946 währte. Der Verlauf der dann einsetzenden zweiten Krise ähnelte weitgehend dem Verlauf der Krise von 1945 sowie den nachfolgenden Krisen bis zum Frühjahr 1948⁷⁹. Wiederum scharfe, von der Sowjetunion unterstützte Angriffe auf die »reaktionären Elemente« in der Kleinlandwirtpartei und zugleich ein Angebot zur Krisenreduzierung, diesmal (Frühjahr 1946) verknüpft mit der Forderung nach einem wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm daß de facto den »Kampf gegen das Kapital« einleitete⁸⁰. Lange vor dem *offen* zutagetretenden Ost-West-Konflikt nach Verkündung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans waren die Weichen für die gesellschaftspolitische Transformierung Ungarns gestellt. Und diese Weichenstellung war selbst ein Teil des heraufziehenden Konflikts, von ihm bedingt und ihn verschärfend, Ursache und Wirkung in einem. Nicht als »Katalysator«, sondern als der ausschlaggebende Einflußfaktor hat die Sowjetunion die Weichenstellung ermöglicht. Ob ihr Sicherheitsbedürfnis, ihr wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm, ihre ideologischen Zielvorstellungen oder der Übergang zu traditionellem Großmachtverhalten bzw. eine Kombination dieser Faktoren für die Politik in Ungarn entscheidend waren, läßt sich ohne Kenntnis sowjetischer Quellen nicht entscheiden. Auch ist möglich, daß es Prioritätsverschiebungen unter den Zielen gegeben hat, aber sie haben sich auf die ordnungspolitische Weichenstellung in Ungarn nicht als Kontinuitätsbruch ausgewirkt. Dies vor allem deshalb nicht, weil sich die einzelnen Teilziele müheles miteinander verknüpfen ließen. Die Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses und der Export des sozialistischen Gesellschaftssystems bedingten sich wechselseitig, — zumindest aus Moskauer Sicht und zumindest bis zu jenem Zeitpunkt, da das Beispiel Jugoslawien dieses außenpolitische Dogma erstmals er-

⁷⁷ Vgl. Gascoigne an FO, 21. 1. 1946, ebda., 59010, R 658/306/21. Das Kabinett hatte dem Vertrag unter dem erwähnten Vorbehalt bereits am 12. Oktober 1945 zugestimmt, vgl. Gascoigne an FO, 24. 10. 1945, ebda., 48516, R 18977/9311/21.

⁷⁸ Vgl. V. Dedijer: Tito. Autorisierte Biographie, Berlin 1953, S. 273 ff.

⁷⁹ Vgl. u. a. Sundhausen, 580 f.; Korbuly, S. 52. ff.; F. Nagy: The Struggle behind the Iron Curtain, New York 1948, S. 193 ff.

⁸⁰ Vgl. Sundhausen, S. 579 ff.

schütterte. Wären die Vereinigten Staaten bei Kriegsende bereit gewesen, eine Art sowjetischer Monroe-Doktrin für Ostmittel- und Südosteuropa ausdrücklich zu akzeptieren, so wäre der »Kalte Krieg« möglicherweise vermieden oder zeitlich verschoben worden. An der Situation in den betroffenen Ländern (ein Aspekt, der von den »Revisionisten« gern übersehen wird) hätte dies wohl nur wenig oder gar nichts geändert. Unter den gegebenen Umständen hatte der britische Außenminister Bevin Recht, als er anlässlich der alliierten Konferenz in London vom September 1945 äußerte: Es scheine das Schicksal der osteuropäischen Staaten zu sein, Differenzen zwischen den Großmächten heraufzubeschwören⁸¹.

⁸¹ Nach: Davis, S. 317.